

KPÖ

FRAGE 1: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Informationen über Leerstand und tatsächlichen Wohnraumbedarf zeitnah zur Verfügung stehen werden und Stadtentwicklung sich somit besser an den Bedürfnissen der Menschen orientieren kann, die in Graz leben?

Das ist eine lange Forderung, die wir immer wieder in den Gemeinderat eingebracht haben. Eine Meldepflicht für leerstehende Wohnungen würde einerseits Klarheit über die Zahl und die Gründe des Leerstands mit sich bringen. Andererseits könnten darauf aufbauend gegebenenfalls weiterführende Maßnahmen zur Mobilisierung dieses Wohnraums angedacht werden. Vor allem wäre es eine Möglichkeit Anlegerwohnungen den Kampf anzusagen.

FRAGE 2a: Wie stehen Sie zur Forderung nach flächendeckender Bebauungsplanung, wie sie bereits in anderen Städten existiert, sowie der Bereitstellung der dafür erforderlichen Ressourcen?

Im Juli erst wurde von der KPÖ ein entsprechender Antrag eingebracht. Denn das Stadtplanungsamt sieht sich immer mehr mit Investor:innen konfrontiert, die meinen, dass die Vorgaben durch Flächenwidmungsplan und Räumliches Leitbild lediglich Empfehlungen seien und diese nicht ernst nehmen. Die schlimmsten Verfehlungen sind dann in oft langwierigen Verfahren abzuwenden. Verhindern könnte das eine flächendeckende Bebauungsplanpflicht: Die Stadt kann striktere Vorgaben geben, der Gemeinderat hätte eine stärkere Kontrolle und die Nachbarschaftsrechte könnten gestärkt werden.

FRAGE 2b: Wie stehen Sie zu dem Vorschlag der ZT Kammer zur Durchführung eines interdisziplinären Stadtentwicklungsdialo-forums mit dem Ziel der Diskussion von Modellen für eine zukunftsweisende, stadträumliche Entwicklung von Graz und Graz Umgebung?

Der Idee können wir einiges abgewinnen. Man könnte für die anstehende Revision des FLÄWI und des STEK ein solches Dialogforum einbinden.

FRAGE 2c: Wie stehen Sie zu dem Vorschlag der ZT Kammer zur integrativen Erarbeitung von Stadtentwicklungsleitbildern mit Bebauungsrichtlinien für die einzelnen Bezirke von Graz, um eine stadtbildverträgliche räumliche Entwicklung von Graz zu gewährleisten?

Diesen Vorschlag würden wir unterstützen. Eine Möglichkeit dafür wäre ebenfalls die anstehende Revision von FLÄWI und STEK.

FRAGE 3a: Wie sieht Ihr Konzept zur Zukunftstauglichkeit des Grazer Verkehrs angesichts der oben skizzierten Problemfelder aus? In welcher Form werden Sie anstreben, die Umlandgemeinden in den Dialog einzubinden?

Die Verkehrsprobleme können nur mit den Umlandgemeinden zusammen gelöst werden. Graz muss größer gedacht werden. Die Leute müssen mit dem ÖV schnell und so direkt wie möglich zum Arbeitsplatz gelangen – das wäre der Ansporn, um vom Auto auf den ÖV umzusteigen. Eine Säule dazu wäre der weitere Ausbau der S-Bahn, die schon jetzt Graz mit den Umlandgemeinden verbindet. Derzeit wird von dem Schweizer Verkehrsexperten Prof. Hüsler vier S-Bahn Planfälle für eine Innenstadtanbindung erhoben. Die zwei weiteren Säulen sind Bus und Straßenbahn. Vor allem der Ausbau der Straßenbahnlinien hat viel Potential. Mit längeren Straßenbahnzügen und einer Auffächerung und Vernetzung der Linien können mit neuen Betriebskonzepten die Kapazitäten um bis zu 100 Prozent gesteigert werden. Die Südwest-Linie hat dabei oberste Priorität.

FRAGE 4a: Wie stehen Sie zur Schaffung und Erhaltung von ausreichendem öffentlichen Raum, der allen Bewohner*innen von Graz (ohne Konsumzwang!) zur Verfügung stehen sollte, insbesondere der Forderung der ZT Kammer zur Stärkung der Gebäude- und Baumanagement Graz GmbH (GBG) zur strategischen Sicherung von Grün- und Freiräumen?

Die Stadtplanung muss den Bedürfnissen der Bevölkerung und nicht denen der Baulobby folgen. Grün- und Freiflächen müssen erhalten und geschaffen werden. Zusätzlich soll mehr Wert auf soziale Räume gelegt werden. Dezentral sollten Nachbarschaftszentren entstehen, die als Treffpunkt für die dortige Bevölkerung dienen - von Sozialarbeit, über Kinderbetreuung, Workshops oder Möglichkeiten für junge Kulturschaffende, die sich hier ausprobieren können. Verpflichtend soll bei Neubauprojekten auch die Errichtung von Pocketparks sein, die in erster Linie den direkten Bewohner:innen als Ruheoase dienen, aber auch öffentlich zugänglich sein sollen.

FRAGE 5a: Wie stehen Sie zu Mobilisierungsmaßnahmen des Wohnungsbestands, wie z. B. einer Meldepflicht für Leerstände oder einer Leerstandsabgabe? Welche Maßnahmen sind aus Ihrer Sicht in diesem Zusammenhang geeignet?

Leerstehende Wohnungen verbrauchen Platz und halten die Mieten hoch. Insbesondere Städte leiden unter dieser Entwicklung. Einer der Gründe für den zunehmenden Leerstand sind Anlegerwohnungen. Vom Verkäufer garantierte Renditen von bis zu 3,5% haben Mieten zur Folge, die sich nur wenige leisten können. Einige Investoren wiederum denken überhaupt nicht daran, ihre Wohnungen zu vermieten. Sie sehen sie als Wertanlage, die möglichst nicht durch Abnutzung geschmälert werden soll. Der Reiz von Anlegerwohnungen für Investoren liegt in vielen steuerlichen Vorteilen. Der wichtigste davon ist der Entfall der Umsatzsteuer, man erwirbt die Wohnung sozusagen zum Nettopreis. Auch Aufwendungen für die Wohnung können steuerlich abgesetzt werden. Egal, ob diese Wohnungen - sehr teuer – vermietet werden oder eben leer stehen, es steht nicht mehr der ureigenste Zweck einer Wohnung, nämlich die Befriedigung eines dringenden Wohnbedürfnisses im Vordergrund, sondern die möglichst ertragreiche Veranlagung von Kapital. Deswegen sollten die steuerlichen Vorteile für Anlegerwohnungen abgeschafft und Leerstandsabgaben eingeführt werden.

FRAGE 5b: Wie stehen Sie zu dem Vorschlag der ZT Kammer zur Stärkung der Gebäude- und Baumanagement Graz GmbH (GBG) zum Ankauf von Vorrangflächen für die Bereitstellung von leistbaren Baugrundstücken und der Ermöglichung von vorbildhaften Baugruppenwohnbauvorhaben in Graz (siehe auch Frage 4a)?

Die Stadt muss die Grundstücksvorsorge wieder stärker betreiben. Eine Stadt braucht solche Flächen für die Errichtung von Gemeindewohnungen, Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen, Pflegeheime etc. wie einen Bissen Brot. Dies wurde in den letzten Jahren stark vernachlässigt und kommt uns jetzt oft teuer zu stehen, indem die Stadt Flächen oder Gebäude teuer mieten muss. Ein Beispiel aus dem letzten Gemeinderat: Die Stadt hat auf einem eigenen Grundstück einen Kindergarten betrieben. Die Freiflächen dahinter wurden vor Jahren verkauft. Nun ist der Kindergarten zu klein, um für 2 volle Gruppen genutzt zu werden. Der Bauherr daneben realisiert ein neues Projekt, wo er der Stadt den Platz für einen geräumigeren Kindergarten anbietet. Kostenpunkt: 10.000 Euro Miete pro Monat.

FRAGE 6a: Welche regulativen Maßnahmen und Anreizsysteme werden Sie konkret einsetzen, um das Stadtklima (Feinstaubbelastung, Überhitzung, Bodenversiegelung...) nachhaltig zu verbessern?

Da gibt es viele Ansatzpunkte. Es beginnt von einer Versiegelungsabgabe für alle Neubauten, einer Festlegung eines Grünflächenfaktors bei neuen Bauprojekten, Bäume im Stadtgebiet müssen stärker geschützt werden und Ausgleichsmaßnahmen bei Versiegelung von Grund und Boden, wie Baumpflanzungen, Errichtung von Pocketparks, Ersatzflächen für die Allgemeinheit oder zweckgebundene Zahlungen an die Stadt für die Schaffung von Grünraum. Zudem muss eine Entsiegelungsoffensive von Seiten der Stadt betrieben werden. Um die Feinstaubproblematik in den Griff zu bekommen, muss der Öffentliche Verkehr sowie die Radinfrastruktur entsprechend ausgebaut werden, damit der Umstieg vom Auto noch schmackhafter gemacht wird. Das Jahresticket für den ÖV muss ebenso wieder deutlich günstiger werden, damit man hier ein Zeichen setzt.

Frage 6c: Wie wollen Sie sich dafür einsetzen, dass die vereinbarten Europäischen Klimaziele von Paris in Graz in den nächsten 10 Jahren auf kommunaler Ebene umgesetzt werden?

Mit einem professionellen Umweltmanagement und einem Umweltaktionsplan2025 soll Graz zukunftsfit gemacht werden, damit u. a. mit immer häufiger auftretenden Wetterextremen (Überschwemmungen, Hitze) zu Rande gekommen wird. Eine Entsiegelung von Flächen erhält dabei höchste Priorität.

FRAGE 8a: Welche Unterstützung benötigt die öffentliche Hand, um Graz in eine nachhaltige und lebenswerte Zukunft zu führen, und welche Rolle sollten Ziviltechniker*innen in diesem Prozess spielen?

Zuerst ist der politische Wille wichtig, damit Graz in eine lebenswerte und nachhaltige Zukunft gelangt. Dazu hat es in den letzten Jahren keine Mehrheit gegeben. Und eine soziale und ökologische Stadtentwicklung benötigt interdisziplinäre Teams aus vielen Bereichen.

FRAGE 8b: Wie stehen Sie zu dem Vorschlag der ZT Kammer zum kontinuierlichen gemeinsamen Erfahrungsaustausch und der berufsbegleitenden Weiterbildung von Expert*innen aus Verwaltung und ZTK Kolleg*innenschaft im Fokus der klimaaktiven Stadtteil- und Quartiersentwicklung?

Das ist eine gute Idee, die wir gerne unterstützen. Ein gegenseitiger Austausch ist immer wichtig und notwendig.